

"Verlassen die Ratten das sinkende Schiff?"



BRD-Politiker bekommen nach Beendigung ihrer Amtszeit Abfindungen und Pensionen von denen Normalbürger für gewöhnlich nur träumen können. Gemeinhin wird angenommen, daß die Politiker nach wenigen Jahren Amtszeit für den Rest ihres Lebens ausgesorgt haben. Bereits nach 21 Monaten Amtszeit hat ein Bundesminister Anspruch auf 1.965 € Pension. Ein Durchschnittsarbeitnehmer müßte für diese Summe 75 Jahre lang arbeiten. Dieser Anspruch wächst von Jahr zu Jahr, bis zu dem Höchstsatz von 9.200 € nach 22 Amtsjahren. Da einzelne Posten getrennt bewertet werden, ist diese Zeit relativ schnell erreicht. Doch scheint dies einigen Politikern noch nicht zu genügen.

Erst vor kurzem wurde in den Medien heftig über den möglichen Posten von Ex-Kanzler Schröder im Aufsichtsrat der deutsch-russischen Gaspipeline-Gesellschaft „North European Gas Pipeline (NEGP)“ diskutiert. Schröder habe den Posten durch seine guten Kontakte zu Wladimir Putin und auf dessen Empfehlung bekommen. Ein weiteres umstrittenes Thema ist das Gerücht um die mögliche Kandidatur des ehemaligen Außenministers Joschka Fischer an einer der US-amerikanischen Elite-Universitäten Harvard oder Princeton. Medienberichten zur Folge, habe Fischer dieses jedoch dementiert und behalte sich sogar rechtliche Schritte gegen derlei Behauptungen vor.

Der Wechsel von Politikern in die Wirtschaft ist jedoch nicht unüblich. Bevorzugt werden Posten im Ausland gewählt. Man könnte meinen, daß sie, nachdem sie Deutschland etwas weiter heruntergewirtschaftet haben, ihr Heil doch lieber in einem gut bezahlten Posten im Ausland suchen. So wechselte der frühere FDP-Chef und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann 1999 vom Posten des EU-Industriekommissars zum spanischen Telefonica-Konzern. Der Fall Bangemann löste heftige Reaktionen europaweit und auch massive Kritik in der FDP aus, zumal er als EU-Politiker unter anderem mit dem Bereich der Telekommunikation befaßt war. Der Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) wurde am 8. Dezember 2005 in den Aufsichtsrat des Dienstleistungskonzerns Dussmann (Jahresumsatz 1,2 Milliarden Euro, in 28 Ländern aktiv) berufen. Seit Mai 2005 ist der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz Mitglied des Aufsichtsrates der Deutsche Börse AG. Für Kritik sorgt vor allem, daß Merz als Berater für den englischen Hedge-Fonds TCI tätig ist, der als Großaktionär der Börse AG den Sturz von Vorstandschef Werner Seifert betreibt. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth mußte im Januar 1991 wegen der „Segeltörn-Affäre“ zurücktreten und ist seit Mai 2005 Chef der US-Investmentbank Merrill Lynch in Deutschland.

Dies sind nur paar Beispiele von vielen, wie sich einige Politiker ihre „magere Rente“ durch zeitgleiche oder anschließende Betätigung in der internationalen Wirtschaft aufbessern. Gleichzeitig fordert man dann im allgemeinen Sparwahn weitere Rentennullrunden und die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Es ist unverständlich, warum Abgeordnete, mehrere Nebentätigkeiten annehmen können, obwohl einfache Beamte dies nicht ohne besondere Genehmigung dürfen. Es ist ebenso unverständlich, daß den ehemaligen Abgeordneten hohe Pensionen von Steuergeldern gezahlt werden, obwohl sie in der freien Wirtschaft hochbezahlte Posten inne haben.

Deshalb fordern wir:

- Verbot von Nebenbeschäftigungen für Berufspolitiker -
- Streichung der Pension bei Tätigkeit in der freien Wirtschaft -
- Kürzung der Diäten als Konsequenz schwerer politischer Verfehlungen -



Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim
Postfach 47
31172 Schellerten
www.bfz-hildesheim.de

